BELARUS

Gewerkschaftsmonitor

Mai 2022

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Zwei Daten aus der jüngeren Vergangenheit prägen die Geschichte des unabhängigen Belarus wie keine zuvor: Der 9. August 2020 und der 24. Februar 2022. Beide haben auch die Arbeit der Gewerkschaften im Land vollkommen verändert (s. dazu Kapitel »Gewerkschaftspolitischer Kontext« sowie »Arbeitsbedingungen der Gewerkschaften«).

Seit den Präsidentschaftswahlen vom 9. August 2020 befindet sich das Land in der tiefsten politischen Krise, die es je gesehen hat. Die beispiellosen Repressionen des Sommers 2020 fanden auch im Jahr 2021 ihre Fortsetzung. 2021 wurden mindestens 275 zivilgesellschaftliche Organisationen »liquidiert«, d. h. sie verfügen nunmehr über keine Rechtsgrundlage für ihre Tätigkeit im Land. Derzeit gibt es 1 221 politische Gefangene im Land (Stand: 5. Juni, zum Vergleich: im Vorjahresbericht am 18. Mai 2021 wurde eine Zahl von 398 genannt). Bis heute sind weit über 50 000 Menschen im Zusammenhang mit den Protesten rund um die bzw. nach den Präsidentschaftswahlen 2020 festgenommen worden. Nur mit einer noch härteren Gangart als zuvor ist es dem Regime von Machthaber Lukaschenko gelungen, eine erfolgreiche Revolution zu verhindern. Zuletzt wurde sogar der Geltungsbereich der Todesstrafe – Belarus ist das einzige Land in Europa, das die Todesstrafe noch anwendet – ausgeweitet, auf den weit auslegbaren Tatbestand des »versuchten Terrorakts«.

Zwar gibt es angesichts der Repressionen nur noch sehr vereinzelte Proteste, bzw. zuletzt »Sabotageakte« gegen den russischen Angriffskrieg im Land, doch die Saat der Ereignisse rund um den 9. August 2020 blüht weiter: Alexander Lukaschenko weiß laut den wenigen verfügbaren unabhängigen Umfragen (bspw. von Chatham House – die Daten sind jedoch angesichts der eingeschränkten Befragungsmöglichkeiten mit etwas Vorsicht zu genießen) auch weiterhin bei Weitem keine Mehrheit der Belarus_innen hinter sich: er regiert also gegen den Wunsch seines eigenen Volkes weiter und das bereits seit fast zwei Jahren.

Außenpolitisch ist er dabei isoliert und nahezu vollkommen auf die Unterstützung der russischen Führung angewiesen. Auch wenn Russland schon in der Vergangenheit aufgrund seiner wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und militärischen Rolle bereits einen enormen Einfluss in Belarus hatte, hat sich mit der Aufgabe des zweiten, des westlichen »Vektors« infolge der westlichen Reaktionen auf den 9. August 2020 die Machtdynamik langsam aber stetig soweit verschoben, dass die Souveränität des unabhängigen Belarus nach Ansicht vieler Expert_innen ernsthaft ins Wanken gerät.

Besonders deutlich zeigt sich dies seit dem 24. Februar 2022, dem zweiten Schicksalsdatum in der jüngeren belarusischen Geschichte. Mit Kriegsausbruch in der Ukraine erscheint Lukaschenko mehr und mehr unfähig, sich in jedweden Fragen unabhängig vom Kreml zu positionieren. Auch wenn Belarus keine eigenen Truppen auf ukrainisches Territorium entsendet hat, was neben taktischen Überlegungen und Angst vor einem (jedoch bei aller kriegskritischen öffentlichen Meinung doch nur sehr schwer zu organisierenden) Wiederaufflammen von Massenprotesten auch auf die Schwäche der belarusischen Armee zurückzuführen sein könnte, ist man zum Co-Aggressor geworden. Russland nutzt Stützpunkte in Belarus, schießt Raketen aus Belarus ab, ist aus Belarus in die Ukraine eingedrungen, seine Soldaten wurden in belarusischen Krankenhäusern behandelt und Leichen auf Zügen über Belarus abtransportiert. Die russische Medienpropaganda wird in den belarusischen Staatsmedien wiederholt. Belarus hat zudem taktische Bataillone direkt an der Grenze zur Ukraine platziert und zuletzt ein eigenes Kommando an seiner Südflanke geschaffen. Es gibt regelmäßige gemeinsame Militärübungen und es ist von einer langfristigen Präsenz russischer Truppen auf belarusischem Territorium auszugehen. Momentan bindet Belarus vor allem ukrainische Verteidigungskapazitäten, die die ukrainische Truppenstärke an der Ost- und Südflanke beschränken.

Die belarusische Demokratiebewegung rund um Swetlana Tichanowskaja, die nach dem 9. August 2020 bis zu 200 000 Menschen auf die Straßen gebracht hat, hat auch die Bedeutung des 24. Februars 2022 erkannt und an diesem Tag eine (zuvor bewusst vermiedene) geopolitische Richtungsentscheidung verkündet, da es »kein freies Belarus ohne freie Ukraine« geben könne. Seit Kriegsbeginn unterstützt die belarusische »Anti-Kriegsbewegung« die Ukraine: Im Kalinouski-Bataillon kämpfen belarusische Soldaten an der Seite der ukrainischen Armee, es werden im großen Stil humanitäre Hilfe sowie Hilfe bei Evakuierungen und für Geflüchtete geleistet, über eine Art ziviles Geheimdienstprojekt werden Informationen über russische Truppenbewegungen gesammelt, es gibt Untergrundzeitungen in Belarus selbst, die über den Krieg aufklären, und »Schienen-Partisanen« haben zeitweise erfolgreich Bahninfrastruktur sabotiert, um russische Nachschübe zu verhindern. Zuletzt wurde auch ein neues belarusisches Exilzentrum in der Ukraine eröffnet. Im Land selbst gibt es zwar keine Zustimmung für eine aktive Beteiligung von Belarus am Krieg (vor allem nicht durch den Einsatz belarusischer Truppen in der Ukraine), aber dennoch einen großen Einfluss russischer und belarusischer Medienpropaganda, sodass beispielsweise die Schuldzuweisung für den Krieg in Meinungsumfragen trotz des allgemein überwiegenden Bedauerns uneindeutig ausfällt.

Festzustehen scheint jedenfalls, dass der Kriegsausgang in der Ukraine ganz erhebliche Auswirkungen auf den russischen Einfluss in Belarus und somit auch auf die Machtkonsolidierung des einerseits von Russland abhängigen und andererseits fast ausschließlich von Russland gestützten Regimes haben wird. Von einem inklusiven Transitionsprozess und freien und fairen Neuwahlen nach der Freilassung aller politischen Gefangenen und einem Ende der Polizeigewalt – wie 2020 von der Demokratiebewegung gefordert – ist Belarus derzeit weit entfernt. Welche Folgen der Krieg haben wird bleibt abzuwarten. Vom Ende des souveränen Belarus bis zu einem Verlust der Machtstützen Lukaschenkos ist letztlich alles denkbar, wenngleich Letzteres schon zu häufig verfrüht prognostiziert wurde. Eine Verbesserung der europäisch-belarusischen Beziehungen jedenfalls ist nicht in Sicht. Solange Lukaschenko von Putins Gnaden regiert und im russischen Angriffskrieg als Co-Aggressor auftritt, werden weitere Sanktionspakete folgen – seit 2020 sind 183 Personen und 26 Organisationen mit EU-Sanktionen belegt worden – und das Unrecht in Belarus wird weiter international geächtet werden, sodass die Isolation und Gegenreaktionen des Regimes noch weiter zunehmen dürften. Unterstützung für Sanktionen wurde in Belarus selbst im Übrigen unter Strafe gestellt.

Da Sanktionen alleine kein Allheilmittel sind, wird die belarusische Zivilgesellschaft weiter von europäischer Seite unterstützt werden, auch wenn die Voraussetzungen hierfür denkbar schlecht sind und zudem immer wieder erklärt werden muss, dass die Positionierungen zum Krieg in Belarus sehr unterschiedlich und anders als in Russland ausfallen. Von der Solidarität mit der Demokratiebewegung in Europa und der Welt haben im Übrigen auch die freien belarusischen Gewerkschaften vor allem seit 2020 profitiert, sie war aus ihrer Sicht lange Zeit bis zu einem gewissen Grad eine Art Überlebensversicherung (s. dazu Kapitel »Arbeitsbedingungen der Gewerkschaften«).

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Mit Blick auf die wirtschaftliche Lage bleibt im Wesentlichen festzuhalten: Die Sanktionen haben Belarus kurzfristig eher begrenzt getroffen, sie dürften aber langfristig stärkere Auswirkungen haben, vor allem auch in Kombination mit den Problemen des russischen Marktes und dem Wegfall von Handel mit der Ukraine, dem zweitwichtigsten Handelspartner des Landes.

Da seit langem überfällige Strukturreformen weiterhin nicht angegangen werden, ist von einem wenig rosigen Ausblick auszugehen; einen plötzlichen »Kipppunkt« wird es aber wohl nicht geben: Das BIP ist 2021 nach einem (angesichts ausbleibender Pandemiebekämpfung eher leichten) Rückgang von 1,2 Prozent im Vorjahr sogar wieder gestiegen, um 2,3 Prozent. Für 2022 wird allerdings ein deutlicher Rückgang von mindestens 4 Prozent prognostiziert. Deutlich bemerkenswerter entwickelt sich die Inflation, die zuletzt bei rund 17 Prozent lag und nach Kriegsausbruch spürbar in die Höhe geschnellt ist.

Für die Menschen in Belarus sind vor allem die unter wirtschaftlichem (und Sanktions-)Druck stehenden schwächelnden Staatsbetriebe, allen voran Belaruskali, ein Problem – denn die traditionell sehr geringe Arbeitslosigkeit steigt ungewöhnlicherweise an, vielerorts wird nicht mehr die volle Stundenzahl gearbeitet und die Löhne stagnieren bei gleichzeitig steigenden Preisen. Außerdem machen sich die Sanktionen mehr und mehr in Geschäften bemerkbar, da es einzelne westliche Waren nicht mehr zu kaufen gibt.

Das belarusische Wirtschaftssystem, das in den neunziger Jahren durchaus Wachstum generieren konnte, aber bereits seit der Rezession von 2011 an seine Grenzen stößt, lässt sich als »Staatskapitalismus« beschreiben, der sich durch (begrenzte) Privatwirtschaft, aber auch durch Subventionierung von (oftmals unproduktiven und sonst von der Schließung bedrohten) Staatsbetrieben auszeichnet. Trotz neoliberaler Tendenzen steht über allem das politische Kalkül des Machthabers, nicht das Gesetz des Marktes – und schon gar nicht das Gemeinwohl. Noch immer befinden sich ca. 65 Prozent der Unternehmen in staatlicher Hand. Auch ist die Wirtschaft wenig diversifiziert – so beruht der Export nicht nur auf wenigen Sektoren, sondern sogar auf einzelnen Unternehmen. Auch die wirtschaftliche Perspektive war ein »Push-Faktor« für die Proteste im Sommer 2020, Lukaschenko kann sein »soziales Versprechen« nicht länger einhalten. Die Regierung hat schon vor langem begonnen, den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren. Arbeitsverträge wurden massenweise befristet, einseitige Kündigungen stark erleichtert. Das progressive Steuersystem wurde abgeschafft. Zuletzt wurde das Arbeitsrecht dahingehend geändert, dass man während einer Verbüßung von administrativen Strafen, beispielsweise für die Teilnahme an unerlaubten politischen Streiks, wegen Nicht-Erscheinens am Arbeitsplatz entlassen werden kann.

Die Streiks im Jahr 2020 (und sich anschließender »Dienst nach Vorschrift«) haben kurzfristig durchaus wirtschaftliche Auswirkungen gehabt. Insgesamt beliefen sich die Verluste infolge der Augustproteste von 2020 laut Schätzungen auf etwa eine halbe Milliarde US-Dollar. Einige Firmen aus dem Privatsektor haben ihren Sitz ins Ausland verlagert; bis jetzt läuft dieser Prozess weiter – insbesondere auf die zuletzt boomende belarusische IT-Branche trifft dies zu. Allgemein hat sich die politische Krise dennoch nicht in einem solchen Maße auf die makroökonomische Lage ausgewirkt, dass ein plötzlicher Kollaps realistisch wäre. Der Krieg jedoch verschärft eine ohnehin wenig positiv stimmende Ausgangssituation weiter. Mehr denn je ist Belarus zudem auf die traditionellen »Quersubventionen« in Form von Sonderkonditionen beispielsweise für Energieimporte aus Russland angewiesen. Kurzfristig hat es Lukaschenko trotz einer extrem schwierigen Verhandlungsbasis geschafft, Putin hier weiter entsprechende Zugeständnisse abringen zu können, wobei es durchaus empfindliche Anpassungen gegeben hat. Jedoch ist mittlerweile deutlich geworden, dass Putin hierfür politische und militärische Konzessionen einfordert, die nach Ansicht vieler Beobachter_innen die Souveränität des Staates Belarus gefährden.

Eine »Schocktherapie« hat Belarus in den 90er Jahren vermieden. Sollte es zu einer Transitionsphase kommen, besteht dieses Risiko natürlich wieder. Denn Reformen werden dann schneller angepackt werden. Sie müssten deshalb unbedingt vorsichtig, nachhaltig und sozialverträglich ausgestaltet werden. Sonst hätten gerade die 2020 (und seitdem immer mal wieder zumindest vereinzelt) streikenden Arbeiter_innen in den großen Staatsbetrieben am meisten unter den Reformen zu leiden.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Für die freien Gewerkschaften in Belarus gibt es noch ein drittes Schicksalsdatum in der jüngeren Geschichte: Den 19. April 2022. Denn an diesem Tag wurde ein Großteil der Gewerkschaftsspitze verhaftet. Zu den seitdem insgesamt über 20 inhaftierten Funktionären gehören der Präsident des freien Gewerkschaftsbunds BKDP, Aliaksandr Jaraschuk (zugleich IGB Vize-Präsident und im Governing Council der ILO), sein Stellvertreter Siarhei Antusewitsch sowie der ehemalige Vorsitzende der Gewerkschaft REP, Hennadz Fiadynitsch. Auch der SPB-Vorsitzende Mikalaj Scharach und der SPM-Vorsitzende Alexander Buchwostow wurden verhaftet und, wie auch einige andere, einige Tage später nach Unterzeichnung einer Schweigeverpflichtung fürs Erste wieder freigelassen – sie könnten jedoch weiterhin verurteilt werden und dürfen das Land nicht verlassen; Buchwostow erlitt im Gefängnis einen Herzinfarkt. Insgesamt 10 Funktionäre blieben in Haft. Es gab KGB-Durchsuchungen und umfangreiche Beschlagnahmen im BKDP-Büro, den Büros von SPB, SPM und REP sowie bei den Gewerkschafter_innen zuhause. Unzählige Dokumente bis hin zu Mitgliederlisten wurden seitdem konfisziert. Die Grundlage der Festnahmen und drohende Anklagepunkte blieben zunächst unklar – später wurde bekannt, dass zu den Vorwürfen »Aktionen, die die öffentliche Ordnung stören« (Artikel 342) zählen, es droht hierfür maximal eine Haftstrafe von vier Jahren, wobei nicht auszuschließen ist, dass noch weitere Anklagepunkte auftauchen werden. Es dürfte nicht nur um die Abschreckung einfacher Gewerkschaftsmitglieder gehen: Die freien Gewerkschaften in Belarus sind in ihrer Existenz bedroht – eine Entwicklung, die sich seit 2020 abzeichnete, aber erst jetzt in aller Deutlichkeit am Horizont erkennbar ist.

Die Gewerkschaft REP wurde bereits am 7. April als extremistisch eingestuft. Ihre Vorsitzende Zinaida Mikhnuk wurde am 18. Mai wegen »Beleidigung des Präsidenten« zu zwei Jahren Haft verurteilt.

Einen Tag zuvor wurde auch der gerade erst wegen der Verhaftungen zum Interims-BKDP-Vorsitzenden ernannte BNP-Chef Maksim Pazniakau festgenommen. Nach derzeitigem Stand jetzt für mindestens 30 Tage wegen zweier administrativer Strafen. Im April wurde der BNP bei den Unternehmen Grodno Azot, JSC Naftan und der Ölraffinerie in Mozyr die Registrierung entzogen – nach Belaruskali gab es in diesen drei Betrieben die wichtigsten BNP-Strukturen. Der BNP-Vorsitzende bei Grodno Azot, Andrei Khanevich, wurde am 10. Mai festgenommen, die BNP-Primärorganisation als extremistisch eingestuft. Die BNP-Vorsitzende bei JSC Naftan, Olga Britikova, wurde bereits insgesamt fünf Mal verurteilt. Die Mitgliedszahlen der Gewerkschaft waren wegen der Repressionen schon vor der De-Registrierung in den drei Betrieben deutlich zurückgegangen – von über 1 500 auf etwa 500. Damit verbleibt die Bergarbeiterstadt Salihorsk als BNP-Hochburg: Doch auch im wichtigsten Staatsbetrieb Belaruskali könnte die De-Registrierung unmittelbar bevorstehen: U. a. kam es am 25. Mai zu umfangreichen Durchsuchungen, der BNP-Vorsitzende bei Belaruskali, Aliaksandr Mischuk, wurde festgenommen. Wenn BNP bei Belaruskali de-registriert wird, ist die Gewerkschaft so gut wie vernichtet.

SPB berichtete, dass Studierende aus den Reihen der Gewerkschaft massiv unter Druck gesetzt wurden, sich lieber einer staatlichen Gewerkschaft anzuschließen. Bereits seit Monaten gibt es wegen des staatlichen Drucks Absatzbewegungen aus den Reihen der SPB, auch von Lehrern oder Ärzten, von denen vielen gefeuert wurden oder selbst den Job quittierten. Generell werden viele Gewerkschaftsmitglieder aus allen freien Gewerkschaften vor die Wahl gestellt: Austritt oder Jobverlust – in den meisten Fällen durch Nichtverlängerung auslaufender befristeter Verträge. Auch SPM hat durch den hohen Druck viele Mitglieder verloren.

Die jüngsten Entwicklungen wurden international verurteilt: U. a. von ILO-Direktor Guy Ruder, IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow, EGB, IndustriALL, IUF, DGB und vielen anderen. Auch das Europäische Parlament hat in einer Resolution auf die Ereignisse Bezug genommen. Das Auswärtige Amt und die Deutsche Botschaft in Minsk reagierten bereits am Tag nach der Verhaftung und wandten sich mit einem entsprechenden Protest an die offiziellen belarusischen Stellen.

Die Verhaftungen vom 19. April sind natürlich im Kontext der Streiks und der gestiegenen Popularität der freien Gewerkschaften nach den Protesten von 2020 zu sehen, aber sicher

auch vor dem Hintergrund ihrer dezidiert kriegskritischen Äußerungen, die sogar der konkrete Anlass gewesen sein könnten. Denn wenige Tage vor seiner Verhaftung hatte der BKDP-Vorsitzende Jaraschuk die Hilfe für den Krieg Russlands gegen die Ukraine in scharfen Worten kritisiert und den Abzug der russischen Truppen aus Belarus gefordert.

Immerhin: Noch besteht für die freien Gewerkschaften ein rechtlicher Status, auf dessen Grundlage sie – wenn auch nur sehr, sehr eingeschränkt – operieren können. Fast alle unabhängigen zivilgesellschaftlichen Organisationen verfügen nicht mehr über einen solchen Status. Und: Die großen belarusischen Staatsbetriebe, in denen die freien Gewerkschaften repräsentiert sind oder waren, können weiterhin eine zentrale Rolle bei der Kanalisierung des Unmuts der belarusischen Bevölkerung spielen – auch und gerade vor dem Hintergrund sich immer stärker auswirkender politischer Sanktionen.

Tatsächlich aber ist fraglich, wie lange es noch freie Gewerkschaften in Belarus geben wird – weswegen die Ausführungen in diesem Kapitel auch nicht erst unter »Arbeitsbedingungen« gemacht werden, sondern als gewerkschaftspolitischer Kontext zu begreifen sind: An »normale« Gewerkschaftsarbeit ist ohnehin kaum noch zu denken – ob die freien Gewerkschaften überhaupt fortbestehen können, bleibt abzuwarten.

Schon nach der letzten ILO-Konferenz, bei der u. a. die Freilassung illegal Verhafteter Gewerkschaftsmitglieder aus dem Minsker Metallwerk BMZ sowie die Wiedereinstellung im Zuge von Streiks entlassener Arbeiter_innen gefordert wurden, griff das Regime durch seine Arbeits- und Sozialministerin BKDP frontal an und brandmarkte die Aktivist_innen als Staatsfeinde. Aufrufe der freien Gewerkschaften zu einem nationalen Dialog ließ man erwartungsgemäß unbeantwortet. Nun ist eine neue Phase der Verfolgung der unabhängigen Gewerkschaften eingeleitet worden.

Die staatlichen Gewerkschaften hingegen »erfüllen weiter ihre Rolle« und stehen ausnahmslos an der Seite des Regimes.

GEWERKSCHAFTEN IN BELARUS – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die unabhängige Gewerkschaftsbewegung in Belarus entstand im Zuge der Arbeiter_innenbewegung der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts. Die staatlich kontrollierten Gewerkschaften als Nachfolgeorganisationen der sowjetischen Gewerkschaften hatten sich von ihrer primären Aufgabe als Vertreter von Arbeitnehmer_inneninteressen zurückgezogen. Vor diesem Hintergrund begannen Arbeiter_innen in Industriebetrieben (damals wie heute), sich zu Streikkomitees zusammenzuschließen, aus denen 1993 der Belarusische Kongress Demokratischer Gewerkschaften (BKDP) hervorging. Mit der Niederschlagung eines Streiks der Maschinist_innen der Metro von Minsk im Jahr 1995 begann ein Feldzug des Staates gegen die unabhängige Gewerkschaftsbewegung, der sowohl mit wirtschaftlichen Methoden, als auch mit Verwaltungsmechanismen durchgeführt wurde. Dieser Feldzug dauert bis heute an und hat sich in den vergangenen zwei Jahren intensiviert. Im Jahr 2003 trat der BKDP dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) bei und wurde dort aktives Mitglied. Seit 2010 ist Aliaksandr Jaraschuk BKDP-Vorsitzender. Im Zuge der Proteste 2020 war der Gewerkschaftsbund an der Gründung eines Nationalen Streikkomitees beteiligt.

Das Gegenstück zum BKDP ist die Nachfolgeorganisation der sowjetischen Gewerkschaften, der Gewerkschaftsbund von Belarus (FPB). Gegründet wurde der FPB als nationales Gewerkschaftszentrum auf dem XVII. belarusischen Gewerkschaftskongress am 5. und 6. Oktober 1990. Dieser Gewerkschaftskongress wurde gleichzeitig zum ersten Kongress der neugegründeten FPB deklariert, wo dessen Charta verabschiedet wurde. Der FPB ist damit Nachfolger des belarusischen republikanischen Gewerkschaftsrats. Die ersten Vorsitzenden des FPB Wladimir Iljitsch Gontscharik (1986–2001) und F.P. Witko (2001–2002) wurden noch von den Gewerkschaftsorganisationen des Gewerkschaftszentrums gewählt. Nachdem Gontscharik 2001 als Präsidentschaftskandidat gegen Lukaschenko angetreten war, änderte sich dies jedoch. Seit 2002 wurden die Wahlen faktisch durch die Ernennung des FPB-Leiters durch die Präsidialverwaltung ersetzt, wodurch kritisches Gedankengut weitestgehend aus der FPB-Führungsspitze verbannt werden konnte. Seit dem Jahr 2014 steht Michail Orda dem FPB vor. Chatham House Umfragen aus dem Jahr 2021 haben gezeigt, dass der FPB trotz seiner enormen Mitgliederbasis von über 4 Millionen nur noch ein sehr geringes Vertrauen in der Bevölkerung genießt (18 Prozent). BKDP hingegen wird immerhin von 34 Prozent der Belarus_innen als eindeutig vertrauenswürdig eingestuft. Schon seit langem fordern die unabhängigen Gewerkschaften den Ausschluss der staatlichen Gewerkschaften aus internationalen Föderationen. Diese Rufe haben sich zuletzt angesichts der Repressionen und der Rolle des FPB deutlich verstärkt.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die unabhängigen Gewerkschaften werden durch den Belarusischen Kongress der Demokratischen Gewerkschaften (BKDP) vertreten, der sich aus den folgenden Einzelorganisationen zusammensetzt, die jeweils verschiedene Industriezweige vertreten:

1.) Belarusische Unabhängige Gewerkschaft (BNP) mit 5 542 Mitgliedern (Stand 2021, s. Fußnote zu Tabelle 1). BNP steht für die Chemie- und Bergbaubeschäftigten und vertritt Arbeiter_innen in Ölraffinerien, im Energie- und Bausektor sowie im Transportbereich. Die Mitgliederbasis von BNP findet sich in den großen staatlichen Chemiebetrieben. Registrierte Zweige gibt bzw. gab es bis 2022 u. a. in folgenden Betrieben: JSC Belaruskali (2021: 3 139 Mitglieder), JSC Mozyr Ölraffinierie, Grodno Azot, JSC Naftan, UCE Remontaschstroj, JSC Belshina. Es gibt regionale Ge-

werkschaftsvertretungen in Salihorsk und Nawapolazk. Im staatlichen Konzern Belneftechim nimmt bzw. nahm BNP gemeinsam mit der staatsnahen Gewerkschaft Belchimprofsojuz an tripartiten Tarifverhandlungen teil. Auf der Höhe der Nachwahlproteste gab es erste Versuche neue Gewerkschaftsstrukturen im IT-Sektor beim staatlichen JSC Peleng und dem High-Tech Park Unternehmen EPAM Systems zu etablieren und zu registrieren. Die Registrierung wurde jedoch mehrfach abgelehnt. Auch im Metallwerk BMZ wurde zwischenzeitlich eine neue Zweigstelle mit 200 Mitgliedern ins Leben gerufen; viele BMZ-Arbeiter_innen wurden daraufhin verhaftet oder mit Geldstrafen belegt und haben ihren Job verloren.

2.) Belarusische Freie Gewerkschaft (SPB) mit ca. 1 400 Mitgliedern im Jahr 2021 (gegründet 1991 als erste der freien Gewerkschaften). 1995, vor dem Einsetzen schwerer Repressionen, verfügte die Gewerkschaft über ca. 10 000 Mitglieder. SPB vertritt ursprünglich primär Elektrotechnik und die Chemieindustrie, widmet sich aber seit 2020 in zunehmendem Maße auch der gewerkschaftlichen Vertretung an Hochschulen und im medizinischen Bereich. Sie ist u.a. bei JSC Polozk Steklowolokno, im Babrujsker Traktoren(ersatz-)teilewerk, an der Brester Staatlichen Universität und am Wasserkraftwerk in Nowalukoml vertreten. 2021 haben neue Branchenvertretungen begonnen, sich zu organisieren: »Panazeja« für den Medizinbereich sowie »Adukatar« für Angestellte im Bildungssektor und Studierende.

3.) Freie Gewerkschaft der Metallarbeiter (SPM) mit ca. 1 000 Mitgliedern im Jahr 2021. SPM repräsentiert primär den Maschinenbausektor. Sie verfügt bzw. verfügte über regionale Vertretungen in Hrodna, Mahiljou und Schlobin. Zudem ist sie im Minsker Traktorenradwerk MKTZ, bei OJSC Belkommunmasch, beim Minsker Elektrotechnischen Werk »Kozlov« und bei der Minsker Kabelnetzwerkabteilung von Minskenergo vertreten. In keinem der genannten Fälle ist jedoch eine Registrierung vorhanden.

4.) Belarusische Gewerkschaft der Radioelektronischen Industrie (REP) mit ca. 3 200 Mitgliedern im Jahr 2021. REP ist ein eher territorial organisierter Zusammenschluss, der sich aus Vertreter_innen mehrerer Berufsfelder innerhalb der Regionen zusammensetzt. Seit 2009 ist REP Mitglied im BKDP. Seit 2020 wurden neue Gewerkschaftszweigstellen bei MAZ, MTZ, BelAZ und Minsker Motorenwerk ins Leben gerufen, von denen aber keine über eine Registrierung verfügte. Mittlerweile wurde REP de-registriert und als extremistisch eingestuft.

Der staatsnahe Gewerkschaftsbund von Belarus (FPB) vereint 15 branchenspezifische Gewerkschaften, sieben Gewerkschaften für die Oblaste inklusive einer für die Stadt Minsk sowie 177 Bezirks- und Stadtverbände der Gewerkschaften (davon 147 mit Rechtsstatus). Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder beträgt insgesamt mehr als vier Millionen. Insgesamt vier FPB-Einzelgewerkschaften sind Teil globaler Gewerkschaftsföderationen: Belchimprofsojuz (IndustriALL), Belarusische Transport- und Kommunikationsgewerkschaft (ITF Global), Belarusische Gesundheitssektorgewerkschaft (PSI), Belarusische Bildungssektorgewerkschaft (EI). Belchimprofsoyuz und seine Vorstizende Sviatlana Klochok stachen bis 2020 als aktiv und gut vernetzt heraus. Jedoch haben alle Staatsgewerkschaften es verpasst, sich ausreichend und glaubwürdig von der Polizeigewalt im Jahr 2020 sowie von der belarusischen Unterstützung für den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu distanzieren. Das hat sie international viel Anerkennung gekostet und zum Einfrieren vieler Kontakte geführt.

Aufgrund der De-Registrierungen und gestiegenen Repressionen im Jahr 2022 sowie wegen der Konfiszierung einer Vielzahl von Unterlagen inklusive der Mitgliederlisten sehen sich die freien Gewerkschaften derzeit nicht im Stande, ihre verbliebenen Mitgliederzahlen zu nennen. Es ist jedoch von einem deutlichen Rückgang auszugehen, insbesondere bei BNP infolge der De-Registrierung in den Betrieben Grodno Azot, JSC Naftan und in der Ölraffinerie in Mozyr und bei allen freien Gewerkschaften infolge der bereits zuvor deutlichen Drohungen.

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Belarus

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Федерация профсоюзов Беларуси, ФПБ (Gewerkschaftsbund von Belarus, FPB)	Vorsitz: Michail Orda Stv. Vorsitz: Alena Mankevich	ca. 4 000 000	Allgemeiner Gewerkschaftsbund der GUS-Staaten (VKP); WGB
Белорусский конгресс демократических профсоюзов, БКДП (Belarussischer Kongress Demokratischer Gewerkschaften, BKDP)	Vorsitz: Aliaksandr Jaraschuk Stv. Vorsitz: Siarhei Antusewitsch	2021: bis zu 11 500 (keine aktuellen Zahlen ermittelbar)	IGB

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Belarus

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Белорусский независимый профсоюз (Belarussische Unabhängige Gewerkschaft [Petrochemie, Bergbau, Transport u. a.])	BKDP	Vorsitz: Maxim Pazniakou Stv. Vorsitz: Siarhei Tscharkasau, Aliaksandr Mischuk	2021: 5 542 (keine aktuellen Zahlen ermittelbar)	IndustriAll, ITF, IUF
Свободный профсоюз Белорусский (Belarusische Freie Gewerkschaft)	BKDP	Vorsitz: Mikalaj Scharach	2021: ca. 1 400 (keine aktuellen Zahlen ermittelbar)	Bewerbung bei EI
Свободный профсоюз металлистов (Freie Gewerkschaft der Metallarbeiter)	BKDP	Vorsitz: Aliaksandr Buchwostow Stv. Vorsitz: Aliaksandr Jeudakimchik	2021: ca. 1 000 (keine aktuellen Zahlen ermittelbar)	IndustriAll
Белорусский профсоюз работников радиоэлектронной промышленности (Belarusische Gewerkschaft der Radioelektronischen Industrie)	BKDP	Vorsitzende: Wegen Verhaftungswelle derzeit unklar	2021: ca. 3 200 (keine aktuellen Zahlen ermittelbar)	IndustriAll

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Laut IGB gibt es in Belarus »keine Garantien für Arbeitnehmer_innenrechte«. Im Global Rights Index steht Belarus in Europa ganz am Ende. Neun von zwölf grundlegenden Empfehlungen der ILO, die 2004 für Belarus entwickelt wurden, bleiben auch weiterhin unerfüllt. Insbesondere weigern sich die Behörden, bestehende Anordnungen oder Präsidialdekrete aufzuheben oder zu ändern, welche die Gründung und Registrierung von neu geschaffenen unabhängigen Gewerkschaften verhindern, die freier Gewerkschaften an Tarifverhandlungen in Unternehmen einschränken, die Organisation und Durchführung von Streiks, friedlichen Demonstrationen und Versammlungen verbieten sowie den Empfang und die Nutzung von Unterstützung ausländischer Gewerkschaften und internationaler Organisationen für gesetzliche Gewerkschaftsaktivitäten nicht zulassen.

Bei der Umsetzung der grundlegenden ILO-Übereinkommen 87 und 98 bleiben sichtbare Fortschritte aus. Gleichzeitig ist Straffreiheit bei der Verletzung von Arbeitnehmer_innenrechten in Belarus Ursache für Nichtbeachtung weiterer grundlegender ILO-Konventionen, beispielsweise der Konventionen 29 und 105 zur Zwangsarbeit.

Aber trotz dieser Umstände und des bereits geschilderten Kontextes: Die freien Gewerkschaften hatten seit 2020 gemessen an ihrem Spielraum zunächst viel erreicht. Menschen verließen die staatlichen Gewerkschaften und schlossen sich ihnen an. Die freien Gewerkschaften kehrten zurück zum Minsker Traktorenwerk (MTZ), dem Minsker Automobilwerk (MAZ), dem Minsker Traktorenradwerk (MZKT) oder dem Minsker Elektrotechnischen Werk (METZ), beim Belarusischen Stahlwerk (BMZ) konnten sie sich ebenfalls etablieren – und sie gewannen Neumitglieder in für sie völlig neuen Sektoren wie IT, Bildung und Gesundheit.

Zwar wurden sie von den Entwicklungen zunächst überrascht – und waren mit der Einbindung neuer Mitglieder zum Teil überfordert – aber sie spielten seit 2020 eine größere Rolle, als ihnen dies die allermeisten zugetraut hätten. Mit ihrer klaren Positionierung gegen die Gewalt des Staatsapparates in den Tagen nach dem 9. August 2020 begann für sie wahrlich ein neues Zeitalter, trotz des Scheiterns der Streiks. Bis heute wird die Demokratiebewegung nicht müde, die Bedeutung von Arbeiter_innen zu betonen. Tatsächlich haben streikende Arbeiter_innen bei den Protesten 2020 im ganzen Land eine zentrale Rolle eingenommen. Versuche darauf aufzubauen sind aber seitdem größtenteils krachend gescheitert. Dennoch wurde deutlich: Arbeiter_innen in Staatsbetrieben sind schon lange nicht mehr wie früher vermeintlich »sichere« Anhänger_innen Lukaschenkos, weil sie oft vergleichsweise gute Löhne und Sozialleistungen erhalten. Sie sind mündiger geworden und viele von ihnen waren und sind die politischen, aber auch die sozialen und wirtschaftlichen, Zustände leid.

Fakt ist, dass schwache Strukturen, über Jahre niedrige und stagnierende Mitgliederzahlen und das enorm repressive Umfeld Gewerkschaftsarbeit vor Ort zu jeder Zeit enorm schwierig gemacht haben und dass sich diese Probleme seit 2020 multipliziert haben. Fakt ist aber auch, dass die Streiks der letzten zwei Jahre, das Erschließen neuer (bislang nicht organisierter) Branchen und auch die – zumindest angestrebte – politische Rolle der freien Gewerkschaften im Kontext der Demokratiebewegung ein enormes und eindeutig gestiegenes Potential für gewerkschaftliche Arbeit in Belarus illustrieren. Nach dem 9. August stieg die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften entsprechend zunächst sprunghaft um über 20 Prozent an, auch wenn sie in den letzten Monaten dann stark zurück ging. Es bleibt zu hoffen, dass die freien Gewerkschaften diese schwierige Phase überleben. Lukaschenkos Machtapparat wird wohl kaum einlenken. Auch die Streikenden im August 2020 mussten dies erfahren und wurden zum Teil regelrecht niedergeknüppelt.

Ansonsten dürften andere Strukturen überleben: Die online koordinierte Arbeiterbewegung Rabochi Ruch, einzelne Streikkomitees, lose Zusammenschlüsse von Arbeiter_innen via Telegram. Eine Gefahr für deren Arbeit könnte darin bestehen, dass es den dort einflussreichen politischen Exilstrukturen bei ihrem kurzfristigen Einsatz für Arbeitnehmer_innen in erster Linie um Widerstand gegen das herrschende System geht. Das bringt kurzfristig persönliche Gefahren mit sich und birgt mittelfristig strukturelle Tücken – denn was kommt danach und/oder wenn Lukaschenko sich noch viele Jahre behauptet?

Die staatlichen Gewerkschaften werden an dieser Stelle nicht weiter behandelt. Ihre Rolle hat sich nicht geändert. Eine Distanzierung von der Gewalt des Regimes hat allenfalls zaghaft stattgefunden. Sie haben große Ressourcen und Möglichkeiten und nutzen diese in den Betrieben mitunter auch im Sinne ihrer Mitglieder, aber nur soweit dies den Interessen des Regimes und seinem Staatskapitalismus nicht entscheidend zuwiderläuft.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE KERNAUFGABEN

Unter den gegebenen Umständen können gewerkschaftliche »Kernaufgaben« kaum noch wahrgenommen werden. De jure können Gewerkschaften (sofern sie noch registriert sind) an Tarifverhandlungen teilnehmen, ihre Positionen in das dreiseitige Allgemeine Abkommen einbringen, Rechtsbeistand für ihre Mitglieder leisten, die Einhaltung der Rechte von Arbeitnehmer_innen und Gewerkschaften überwachen und frei für eine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft werben.

De facto hat BKDP beispielsweise seit über einem Jahr nicht am Nationalen Rat für Arbeit und Soziale Angelegenheiten teilnehmen können und war nicht am Tisch als ein tripartites Abkommen für die Jahre 2022–2024 abgeschlossen wurde, obwohl BKDP eigentlich einer von 11 Sitzen zusteht (weitere 10 gehen an FPB). Aber selbst, wenn man wie in der Vergangenheit hätte teilnehmen können: Bei 10 Stimmen für FPB, 11 für Arbeitgeber und 11 für die Regierung ist dort sehr wenig zu erreichen. Das geschlossene Abkommen ist Basis der weiteren Ausgestaltung von Tarif- und Kollektivverträgen, für die es Mindeststandards festlegt. Es umfasst die Bereiche Wirtschaftspolitik, Einkommen, Löhne und Lebensstandard, Sozialschutz und soziale Garantien, Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Arbeitsschutz und soziale Partnerschaft. Auch von der Diskussion über die Fortschritte bei der Umsetzung ist BKDP nun ausgeschlossen.

Primärorganisationen haben enorme Schwierigkeiten, an Tarifverhandlungen teilzunehmen. Selbst die in dieser Hinsicht »Vorzeigegewerkschaft« BNP kann diese Rolle nur noch sehr begrenzt erfolgreich wahrnehmen, obwohl sie zumindest im Kalibergbauunternehmen Belaruskali über eine beachtliche Anzahl an Mitgliedern verfügt. Die übrigen BKDP-Gewerkschaften sind in den meisten Fällen ohnehin von konkreten Verhandlungen ausgeschlossen und lediglich bei der Unterzeichnung der Tarifverträge involviert.

Zuletzt lag der Fokus der freien Gewerkschaften auf ihrem eigenen Überlebenskampf, dem Erhalt von Mitgliedern und Rechtsberatung für verhaftete oder entlassene Kolleg_innen. Ansonsten machte BKDP u. a. immer wieder auf die Zwangsinstallation von (staatlichen) Gewerkschaftsstrukturen in privaten Unternehmen aufmerksam, die das Regime insbesondere seit 2021 aktiv vorantreibt und die dem Recht der Arbeitnehmer_innen zur (Selbst-)Organisation vollkommen widerspricht. Des Weiteren wandte man sich gegen einen Erlass, der u. a. eine Charaktereignungsprüfung auf Basis von Dokumenten aus dem vorherigen Vertragsverhältnis bei Einstellung in Staatsbetrieben verpflichtend macht, was u. a. dazu führen könnte, dass Mitglieder unabhängiger Gewerkschaften (aber auch anderer kritischer Organisationen) im Einstellungsprozess aussortiert werden könnten, und gegen ILO-Konvention 111 verstoßen dürfte.

Die staatsnahen Gewerkschaften entwickeln praktisch keine selbständige Initiative, kümmern sich oftmals in der öffentlichen Wahrnehmung vorwiegend um Feierlichkeiten und Gutscheine, und gelten als verlängerter Arm der Regierung. Der FPB-Vorsitzende leitete den Wahlkampf Lukaschenkos. Sie verfügen auch kaum über qualifiziertes Wissen, um im Prozess der wirtschaftlichen Restrukturierung und Privatisierung die Interessen der Arbeiter_innenschaft vertreten zu können. Zum jetzigen Zeitpunkt kann keine der Gewerkschaften der FPB für sich beanspruchen, eine vollständig unabhängige Gewerkschaftspolitik zu verfolgen. Sie suchen zudem noch häufiger als in der Vergangenheit die direkte Konfrontation mit den freien Gewerkschaften.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Dass die Bedeutung der unabhängigen belarusischen Gewerkschaften insgesamt gestiegen ist und auch die Aufmerksamkeit für ihre Arbeit zugenommen hat, zeigte sich seit 2020 immer wieder, u. a. durch internationale Solidaritätsaktionen und Kampagnen und Auszeichnungen. Insbesondere SPB baute internationale Kontakte spürbar aus. Bei den staatlichen Gewerkschaften zeigt sich das umgekehrte Bild.

Viele Unterstützungsschreiben und Solidaritätsaktionen internationaler Partner haben die Positionen der BKDP-Gewerkschaften untermauert und ein Ende der Repressionen gefordert. Globale Gewerkschaftsföderationen wie IndustriAll und IUF haben dies ebenso klar gemacht wie der IGB und die ILO. Auch bei der Internationalen Arbeitskonferenz dürfte Belarus erneut im Fokus stehen. Und auch deutsche Gewerkschaften haben sich seit 2020 hervorgetan und die Achtung von Menschenrechten gefordert – etwa IG BCE, IG Metall, GEW und ver.di. Der Austausch mit den freien belarusischen Gewerkschaften wird von ihnen so gut wie möglich und in deutlich vertieftem Maße gepflegt.

Die Aktivitäten der Exilstrukturen der Demokratiebewegung in Litauen und Polen fokussierten sich im Wesentlich auf die Themen Streiks und Unternehmensverantwortung. Die größte Kontroverse bezüglich internationaler Unternehmen gab es eindeutig hinsichtlich der norwegischen Firma Yara, die ein wichtiger Partner von Belaruskali ist. Am Umgang Yaras mit Belaruskali entzündete sich ein handfester, auch öffentlich ausgetragener, Streit zwischen BKDP/BNP auf der einen und der Führung des Streikkomitees bei Belaruskali sowie Teilen der Exilrepräsentant_innen der Demokratiebewegung, insbesondere aus dem in Warschau ansässigen nationalen Anti-Krisenrat unter Führung von Pawel Latuschka, auf der anderen Seite. Die Position der unabhängigen Gewerkschaften war, dass Yara sich im positiven Sinne hervorgetan hat, weil es Belaruskali aktiv zur Einhaltung seiner Prinzipien aufgefordert und sich z. B. bei Belaruskali für die Wiedereinstellung (in Folge von Streiks) entlassener Arbeiter_innen eingesetzt hat. Andere Stimmen jedoch forderten, dass Yara aus Solidarität seine Arbeit in Belarus einstellen müsse. Letztlich geschah dies nach langem Ringen dann auch im Kontext der EU-Sanktionen.

Nachdem man frühere Streitigkeiten 2020 bei Seite gelegt hatte, flammten 2021 wieder große Unstimmigkeiten zwischen den freien Gewerkschaften auf – mit REP auf der einen und dem Rest von BKDP auf der anderen Seite. REP kritisierte die BKDP-Spitze u. a. sehr deutlich, dass sie im Rahmen der ILO nicht stärker auf Sanktionen drängte und bei der Internationalen Arbeitskonferenz nicht auf die Anwendung von Artikel 33 bestand (wie vor einigen Jahren im Fall Myanmar geschehen), der dies ermöglichen würde. Allgemein tun sich die Gewerkschaften mit dem Thema Sanktionen weiterhin schwer. Einerseits betonen sie immer wieder, dass sektorale Wirtschaftssanktionen nicht im genuinen Interesse ihrer Mitglieder sein können und es damit ihrem Mandat zuwiderlaufen würde, sich für sie einzusetzen – andererseits nutzte Aliaksandr Jaraschuk auf dem BKDP-Kongress Anfang 2022 eine mögliche Anwendung von Artikel 33 deutlich als »Lebensversicherung« und drohte dem Regime damit, diese könne womöglich Realität werden, wenn das Regime die freien Gewerkschaften eliminieren würde; so wie es jetzt drohen könnte. Angesichts der bereits sehr weit fortgeschrittenen internationalen Isolation scheint dies Machthaber Lukaschenko aber ebenso wenig zu stören, wie ihn in der Vergangenheit die jährlich wiederkehrenden Mahnungen der ILO gekümmert haben. REP betonte im Übrigen auch, dass es nicht einverstanden war mit dem BKDP-Ansatz zum Vorgehen gegenüber Yara und schlug die Organisation eines runden Tisches vor, zudem es jedoch nicht kam.

Der staatliche Gewerkschaftsbund FPB tat sich derweil nach 2020 international vor allem dadurch hervor, dass man über eine Million Unterschriften gegen EU-Sanktionen gegen Belarus sammelte – Demokratiebewegung und unabhängige Gewerkschaften sagen, dass hierfür Zwangsmethoden angewandt worden seien, was FPB zurückwies. Die Aktion sorgte in Brüssel und Genf für Irritationen.

***Christopher Forst**, Repräsentant der Friedrich-Ebert-Stiftung für Belarus und Leiter des FES-Regionalbüros »Dialog Osteuropa«*

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.